

Unselbständiger Entschließungsantrag

der Abgeordneten Schieder, Lopatka, Pendl, Amon

Kolleginnen und Kollegen

eingebraucht im Zuge der Debatte über die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Abs. 2 GOG-NR zur Asylsituation

betreffend Flüchtlingsbewegungen in Europa und Österreich

Begründung

Die toten Flüchtlinge, die erstickt in einem Schlepperfahrzeug in Österreich aufgefunden wurden, sind mehr als eine menschliche Tragödie. Sie zeigen, dass der Schleppermafia Menschenleben nichts wert sind, sondern Ihnen nur Profit wichtig ist. Daher ist es unsere humanitäre Verpflichtung, mit aller Konsequenz gegen Schlepper vorzugehen, die mit der Not der Menschen Geschäfte machen und nicht davor zurückscheuen, dabei den Tod von Menschen in Kauf zu nehmen. Zugleich muss gesichert werden, dass Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung bekommen können.

Seit Jahresbeginn sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 100.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa geflohen. Alleine heuer haben laut unabhängigen Berichten fast 2.300 Menschen ihr Leben bei dem Versuch verloren, über das Mittelmeer Europa zu erreichen. Die tatsächliche Zahl der Toten dürfte allerdings deutlich über dieser offiziellen Angabe liegen, da viele Opfer im Meer nie gefunden werden. Erst kürzlich wurden nach dem Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der libyschen Küste 82 Leichen geborgen, wobei über 100 Menschen vermisst werden.

Allein dies zeigt neben einer aktiven Schlepperbekämpfung auch die Notwendigkeit einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik innerhalb der EU. Eine humanitäre Flüchtlingspolitik in der EU kann aber nicht einzelnen Ländern Verpflichtungen auferlegen, die aufgrund begrenzter Ressourcen nicht tragbar sind. Sie muss solidarisch von allen Mitgliedern getragen werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, wird aufgefordert,

- sich konsequent mit ihren europäischen Partnern und der Europäischen Kommission für ein nachhaltiges Gesamtkonzept im Bereich der EU-Asylpolitik einsetzen, um eine Gesamteuropäische Asyl-Strategie voranzutreiben;
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass eine verpflichtende Quoten-Verteilung der AsylwerberInnen innerhalb der EU umgesetzt wird;
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das von Österreich initiierte „Save Lives“-Projekt vorangetrieben wird, um sichere Einreisemöglichkeiten zu schaffen, damit lebensgefährliche Schlepperfahrten unterbunden werden;
- eine aktive Außenpolitik zu betreiben, damit Flüchtlingsströme bereits in der Region, in der sie entstehen, bewältigt werden können, insbesondere durch die Schaffung von Schutzzonen in den Krisenregionen und
- das Schlepperwesen umfassend zu bekämpfen.

www.parlament.gv.at

